

# **INTERESSENGEMEINSCHAFT „ACHTUNG HOCHSPANNUNG“**

**Markt 11/13**

**98701 Großbreitenbach**

IG „Achtung Hochspannung“, Markt 11/12, 98701 Großbreitenbach

Netzentwicklungsplan Strom

Postfach 10 05 72

10565 Berlin

Großbreitenbach, den 09.07.2012

## **Bundesnetzentwicklungsplan**

### **hier: Stellungnahme zum Netzentwicklungsplan**

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachstehend erhalten Sie die Stellungnahme der Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ zum aktuellen Netzentwicklungsplan.

Zuerst einmal müssen wir feststellen, dass es eine Ungeheuerlichkeit darstellt, eine Planung solcher Brisanz durch die Netzbetreiber erstellen zu lassen, die von den Investitionen profitieren und dass auch das Beteiligungsverfahren durch die Netzbetreiber durchgeführt wird. Die Meinung unabhängiger Gremien oder neuste Erkenntnisse aus der Wissenschaft werden von vornherein ausgeschlossen. Es werden auch keine Alternativen aufgezeigt, die diskutiert werden könnten.

Leider galt bei der Erstellung dieses Plans das Motto „So viel wie möglich“ statt „So viel wie nötig“.

Beim Studium des Entwicklungsplans entsteht der Eindruck, dass wieder jeder Netzbetreiber „seine“ Leitungen vom Norden in den Süden präferiert, ohne dass ernsthaft Synergien untersucht werden, die sich aufgrund der hohen, bereits bestehenden Vernetzung unserer deutschlandweiten Transportsysteme unter der Voraussetzung der Netzoptimierung ergeben.

Statt Ressourcen zu nutzen, werden Eingriffe geplant, deren Kompensation auch durch naturschutzrechtlichen Ausgleich schwer realisierbar ist.

Im Jahr 2006 gründete sich die Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“ vor dem Hintergrund des geplanten Neubaus einer 380-kV-Leitung durch den Thüringer Wald und Oberfranken aus insgesamt 15 Bürgerinitiativen. Wichtigstes Ziel unserer Vereinigung ist es, das Vorhaben kritisch zu hinterfragen.

Unser Hauptkritikpunkt besteht in der Skepsis bezüglich Notwendigkeit eines bzw. mehrerer Trassenneubauten im Bereich von Thüringen nach Oberfranken, die durch den Vorhabensträger 50 Hertz Transmission GmbH (50HzT) nicht ausreichend nachgewiesen wurde. Ein durch die Professoren Jarass und Obermair erarbeitetes Gutachten favorisiert im Interesse der Wirtschaftlichkeit die Umrüstung und Optimierung vorhandener Leitungstrassen vor, dadurch könnte die

geplante Drehstromleitung überflüssig werden. Im zweiten Schritt sollten Hochspannungsgleichstrom (HGÜ) - Leitungen zum überregionalen Stromtransport untersucht werden. Durch den Vorhabensträger wurden bis in die jüngere Vergangenheit neue Technologien wie Hochtemperaturseile, Leitungsmonitoring und HGÜ-Leitungen als nicht den allgemein anerkannten Regeln der Technik entsprechend abgelehnt.

Erfreulich ist in dem Zusammenhang, dass die HGÜ-Technologie Einzug in die Pläne der Netzbetreiber gefunden hat, leider wird der Optimismus dadurch getrübt, dass die Umsetzung der HGÜ-Verbindungen ausschließlich als Freileitungen vorgesehen ist. Außerdem beinhaltet der Plan die Umsetzung der geplanten 380-kV-Leitungen, durch die bereits „vorgeschädigte Regionen“ entstehen, die in zweiter Instanz für die HGÜ-Verbindungen genutzt werden sollen. Ist das Taktik? Es erscheint in diesem Zusammenhang absurd, die Umsetzung der geplanten 380-kV-Leitungen voranzutreiben. Eine Netzoptimierung, wie sie von den Professoren Jarass und Obermair vorgeschlagen wurde, würde rund ein Fünftel der Kosten erfordern, die ein Leitungsneubau verschlingen würde. Wir sind überzeugt, dass insbesondere unter Berücksichtigung der geplanten HGÜ-Verbindungen die Umsetzung der Drehstromleitungen eine Fehlinvestition wäre, die ungerechtfertigt zu erheblichen Mehrbelastungen der Stromkunden führt und unter anderem einen erheblichen Wettbewerbsnachteil für unsere heimische Wirtschaft mit sich bringen wird.

Weiterhin bezweifeln wir, dass die Berücksichtigung der künftigen Dezentralität der Energieerzeugung ausreichend Eingang in die Planung erhielt. Erst dadurch werden die Vorteile der erneuerbaren Energien zum Tragen, wenn vor Ort die Energieerzeugung stattfindet. Das erspart den verlustreichen Transport über lange Strecken, stärkt die Wirtschaft der Region, erhöht die Bürgerakzeptanz und trägt letztendlich zur Demokratisierung unserer Gesellschaft bei. Wir befürchten zudem, dass zukünftig in den nördlichen Regionen Deutschlands ein Energieüberschuss erzeugt wird, der unter dem Aspekt der Umstellung unserer europäischen Nachbarn auf regenerative Energien als Leitungsverlust verloren geht. Das insbesondere unter dem Aspekt, dass der Planung immer noch Grundlagen aus der DENA-II-Studie zugrunde liegen, deren Aktualität aus unserer Sicht nicht mehr gegeben ist.

In dem vorliegenden Entwurf des Netzentwicklungsplanes ist nicht erkennbar, dass verstärkt in die Entwicklung neuer umwelt- und ressourcenschonender Technologien investiert wird, um eine weitere Inanspruchnahme von Natur und Landschaft durch Übertragungsnetze zu vermeiden. Wir halten außerdem eine Bündelung von Trassen durch die Zusammenarbeit mit anderen Infrastrukturträgern wie Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung oder Deutsche Bahn für zwingend erforderlich.

Zusammenfassend schätzen wir ein, dass der vorliegende Netzentwicklungsplan interessenorientiert, völlig überzogen und nicht den tatsächlichen Erfordernissen entsprechend aufgestellt wurde. Wir finden diese Vorgehensweise in höchstem Maße undemokratisch. Glaubt die Bundesregierung etwa, dass auf diese Art und Weise ein gesellschaftlicher Konsens erreicht werden könnte?



Peer Schulze

*Sprecher der Interessengemeinschaft „Achtung Hochspannung“*  
im Auftrag von über 10.000 Bürgern der Region